

## Bildung/Schule/GÖD/ÖLI-UG

Im September freuen sich die meisten SchülerInnen und ihre LehrerInnen auf die Schule. Im Oktober wird vielen von ihnen dieser Freude wieder vergangen sein.



Es ist höchste Zeit für das Umsetzen anstehender Bildungsreformen, für eine zukunftsorientierte Bildungsbudgetpolitik

## ÖLI-UG

### Österreichische LehrerInneninitiative Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD

laden MedienvertreterInnen ein zu einem

### Pressegespräch zu Schulbeginn

Dienstag 6. September 2011, 10 – 11 Uhr

Cafe Eiles, 1080 Josefstädterstraße 2

#### Themen:

Bildungs- und gewerkschaftspolitischen Forderungen und Vorschläge der parteiunabhängigen Österreichischen LehrerInneninitiative

- x zu begonnenen **Schulreformen** (soziale Integration, Ganztagschule, gemeinsame Schule, zu **Schuldemokratie und Dienstrecht** (gewählte Schulleitungsteams),
- x zur **universitären LehrerInnenbildung** und
- x zur ungelösten **Finanzierung** (Finanzrahmengesetz, Budgetlöcher)

**Bildungsvolksbegehren:** Warum die GÖD das **VBBI** aktiv unterstützen soll.

Auf Ihre Fragen freuen sich u.a.:

[mayr@oeli-ug.at](mailto:mayr@oeli-ug.at) - 0676 5081498

[reinhart.sellner@gmx.at](mailto:reinhart.sellner@gmx.at) 01 40709 85

[fuchsbauer@oeli-ug.at](mailto:fuchsbauer@oeli-ug.at) - 0680 2124358

ÖLI-UG-homepage: [www.kreidekreis.net](http://www.kreidekreis.net) = [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at)

# Glück auf - Die Schule hat uns wieder!

ÖLI-UG zum Schulbeginn 2011/12



**Schulstart. Nicht nur ein neues Schuljahr beginnt, auch weitreichende bildungs-, budget- und dienstrechtliche Änderungen stehen an. Wenn wir LehrerInnen uns da nicht genügend einmischen, werden wir den fehlenden schulpolitischen Impetus viele Jahre lang auslöffeln müssen!**

Im September beginnt wieder die schwierige, konfliktreiche, anstrengend-anregende, immer wieder auch glückende und beglückende Arbeit mit unseren Schülerinnen. Diese Arbeit braucht aber lebenswerte Rahmenbedingungen und drum wird auch außerhalb der eigenen Schule LehrerInnen-Engagement notwendig sein - damit schulorganisatorische, dienst- und besoldungsrechtliche Rahmenbedingungen von der öffentlichen Hand ausreichend finanziert werden.

2011/12 bringt nicht nur Unterricht, Teambesprechungen, Konferenzen, Projekte und standortbezogene Schulentwicklung. Außerhalb der Klassen und der Konferenzzimmer werden Regierung und Parlament bildungs- und budgetpolitischen Weichenstellungen für Jahrzehnte beschlossen. Selbstbewusstes, solidarisches Engagement, partei-unabhängiger Informations- und Meinungsaustausch, Zusammenarbeit engagierter LehrerInnen mit Eltern-, SchülerInnen- und Studierenden wird notwendig sein.

Sozial-integrative Öffentlichkeitsarbeit an der Schule, in der Region und bundesweit vernetzt wird gefragt sein, und eine an unseren ArbeitnehmerInneninteressen orientierte Gewerkschaftarbeit ohne standes- oder parteipolitische Alleingänge, in der GÖD und im ÖGB.

Es geht um die Bildungs- und Zukunftschancen aller Kinder und Jugendlichen und um eine verbesserte Ausbildung, um den Aufgaben und Leistungen angemessene Arbeitsbedingungen und Einkommen der künftigen PädagogInnen.

## **Bildungs- und Budgetpolitik nicht den ParteipolitikerInnen überlassen, auch nicht denen in der GÖD**

2011/12 werden Gesetze vorbereitet oder schon beschlossen, die Schule, Unterricht und LehrerInnenarbeit verändern, so oder so. Weichen werden gestellt,

- \* ob die neue Mittelschule eine sozialintegrative fördernde gemeinsame Schulen für alle werden kann oder eine Pröll-Pühringer-kompatible neue Hauptschule neben dem Gymnasium für die Kinder der „besseren“ Leut´,
- \* ob demokratische Mitbestimmung an allen Schulen ausgebaut und Schulleitungsteams gewählt werden oder ob DirektorInnen und BezirksinspektorInnen mit Landes-Parteibuch weiterhin das Sagen haben,
- \* ob ein Dienst- und Besoldungsrecht entwickelt wird, das die LehrerInnenarbeit von heute und morgen wertschätzt und erleichtert oder ob LehrerInnenarbeit verbilligt und Arbeitszeit erhöht und intensiviert wird,
- \* ob eine wissenschaftlich fundierte praxisorientierte universitäre PädagogInnenausbildung
- \* vorbereitet wird oder das Nebeneinander von PHs und Unis, von Bachelor- und Master-LehrerInnen, von billigen Landes-PflichtschullehrerInnen und „besseren“ Gymnasial- und BMHS-ProfessorInnen für die nächsten Jahrzehnte einzementiert wird.

2011/12 wird sich zeigen, ob die Bundesregierung auf ihrem restriktiven Budgetkurs beharrt, öffentliche Ausgaben kürzt und weiterhin auf Vermögens- und Spekulationssteuern verzichtet, oder ob die öffentliche Hand den Kindergärten, Schulen und Universitäten für den laufenden Betrieb und die anstehenden Reformen ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellt.

## **Der marktgläubige Mainstream hat seine Strahlkraft verloren**

Immer weniger wollen glauben, dass die Krisenlasten zukunftsblind und asozial auf die von der Qualität öffentlicher Dienstleistungen abhängigen ArbeitnehmerInnen und auf die im öffentlichen Dienst Beschäftigten abgewälzt werden müssen. Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen in der

GÖD sind in den LehrerInnengewerkschaften, in der Bundeskonferenz der GÖD und im ÖGB aktiv für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst.

Die fcg.GÖD und „ihre“ LehrerInnen waren bisher nicht bereit, offensiv für ausreichende Finanzierung des Bildungswesens zu mobilisieren. Als parteipolitisch geschulte „Realisten“ wollen sie sich und die KollegInnen damit abfinden, dass es für grundlegende Schulreformen, für eine verbesserte gemeinsame LehrerInnenbildung oder für ein unsere Arbeit anerkennendes Dienst und Besoldungsrecht keine zusätzlichen Budgetmittel geben kann. Sie setzen auf Stillstand und warten darauf, dass die SPÖ-Ministerinnen Schmied und Heinisch-Hosek sich großkoalitionär nach der Decke des „schwarzen“ Finanzministeriums strecken.

## **VBBI-Bildungsvolksbegehren als Chance. Eintragungswoche vom 03.11 - 10.11.2011**

Der ÖGB ist zwar strikt gegen den Einsparungskurs der Regierung und die Sozialpartner fordern immer wieder die volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen in ganztägige Kindergärten, in Bildung und Forschung – anhaltenden Druck auf die Regierung durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen haben sie bisher nicht ausgeübt. Es wird Zeit, dass die für ihre SchülerInnen engagierten LehrerInnen, dass die vielen für soziale Integration, individuelle Förderung und neue Unterrichtsformen innovativen Volks-, Haupt-, Berufsschulen, AHS und BMHS sich in der Bildungsdebatte zu Wort melden, schul-öffentlich, im Bezirk, im ganzen Land.

**Wir wollen ein kinder- und menschenfreundliches, demokratisches Bildungswesen und dafür Zeit und Raum. Und weil so ein Bildungswesen Mehrkosten verursacht, braucht es ein Umdenken in der Bildungsbudgetpolitik.**

Das Einsparen von landesherrlichen partei-proportionalen Mehrgleichigkeiten in der Schulverwaltung allein ist zu wenig. Die ausreichende Finanzierung des Bildungswesens ist eine wesentliche Forderung des Bildungsvolksbegehrens, das die Medien gern als Androsch-(Schilcher-)Volksbegehren brandmarken – machen wir es zu unserem Volksbegehren, in den Konferenzimmern, an unseren Schulen. Wer, wenn nicht wir?

Reinhard Sellner  
Mitglied d. ARGE LehrerInnen d. GÖD  
[sellner@oeli-ug.at](mailto:sellner@oeli-ug.at) - [oeli@kreidekreis.net](mailto:oeli@kreidekreis.net)



## **Die ÖLI-UG unterstützt das Bildungsvolksbegehren**

Bei einer Mitgliederbefragung haben sich 73,2% dafür ausgesprochen, dass die ÖLI zur Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens aufrufen soll. Natürlich ist im Text des Bildungsvolksbegehrens nicht alles enthalten, wofür die ÖLI eintritt (z.B. in Bezug auf Demokratisierung und Finanzierung).

Wir sehen den Prozess dieses Volksbegehrens als Chance zur öffentlichen Diskussion der Bildung in Österreich und damit zum Aufbrechen von Verkrustungen und zum Vorantreiben von positiven Entwicklungen.

## Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD fordern ausreichenden "Rettungsschirm" für Schule und Universitäten (OTS 5.9.2011)

**Utl.: Parteipolitischer Kleinkrieg "schwarzer" AHS-Gewerkschaft gegen "rote" Unterrichtsministerin schließt keine Budgetlöcher =**

Wien (OTS) - Zu den fehlenden Millionen in den Uni-Budgets kommt nach jüngsten Medienberichten ein "300 Millionen-Loch" im Unterrichtsbudget. Statt aber mit den Betroffenen an Universitäten und Schulen für ein Umdenken der Regierung zu sorgen und das Aufschnüren des restriktiven Finanzrahmengesetzes zu erreichen, klagt die GÖD über drohende Einsparungen und der AHS-Gewerkschaftsvorsitzende wirft der Ministerin Gesetzesbruch vor, weil der Richtwert 25 an vielen AHS-Unterstufenklassen erst teilweise erreicht ist. Die Kronen-Zeitung meldet bereits "Rechtsbruch der Ministerin", "Wirbel" und "Eskalation", während die großen Baustellen - Schul- und Dienstrechtsreform, Reform einer universitären LehrerInnenbildung für alle LehrerInnen, attraktive Einstiegsgehälter - weit weniger Aufmerksamkeit finden. Der Skandal der Bildungsbudgetpolitik der Bundesregierung wird verdrängt.

**Zwt.: ÖLI-UG: "Bildungs-Rettungsschirm" aufspannen!**

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern von der GÖD gemeinsame gewerkschaftliche Aktivitäten mit dem ÖGB:



**Für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst!**

Für Zukunftsinvestitionen statt Kürzungen, für vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung notwendiger Bildungsinvestitionen:

- für eine Schule, die individuelle Förderung und soziale Integration leben kann, ganztätig und ohne Trennung der 10-Jährigen in HauptschülerInnen und GymnasiastInnen. Diese Schule braucht ausreichende personelle und bauliche Ressourcen. Kein Kind darf ausgegrenzt und gering geschätzt werden.

- für ein demokratisches LehrerInnendienstrecht mit an den Schulen gewählten Schulleitungsteams statt parteipolitischer Postenvergabe, für attraktive, den hohe Anforderungen angemessene LehrerInnengehälter ohne weitere Arbeitszeiterhöhungen

- für eine neue PädagogInnen- und LehrerInnenbildung auf Universitätsniveau (Master), die wissenschaftliche Forschung und pädagogische Praxis verbinden kann, weil mehr wissenschaftliches und praxisbegleitendes Personal zur Verfügung steht.

**Eine überparteiliche Möglichkeit, die Bundesregierung von ihrem bildungsfeindlichen Kurs abzubringen, bietet das Bildungsvolksbegehren, Eintragungszeit: 3. - 10. November.**

Für die ÖLI-UG:

Wilfried Mayr (APS), Reinhart Sellner (AHS), Gary Fuchsbauer (BMHS), parteiunabhängige Mitglieder der ARGE LehrerInnen der GÖD

Rückfragehinweis:

Wilfried Mayr, APS, e-mail: [mayr@oeli-ug.at](mailto:mayr@oeli-ug.at), Tel: 0676 5081498

Reinhart Sellner, AHS, e-mail: [reinhart.sellner@gmx.at](mailto:reinhart.sellner@gmx.at),  
Tel: 0676 343 75 21

Gary Fuchsbauer, BMHS, e-mail: [fuchsbauer@oeli-ug.at](mailto:fuchsbauer@oeli-ug.at), Tel: 0680 2124358  
Internet: [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at), [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at)

[WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\* OTS0014 2011-09-05/08:23

## ÖLI-UG: Statt "schwarzen" AHS-Gewerkschaftsgejammers - Chancen für bessere Schule nützen! (OTS 1.8.2011)



### Utl.: AHS-Standorte sollen sich für Konzept der Neuen Mittelschule öffnen! =

Wien (OTS) - Neue Mittelschule für Hauptschulen und für AHS-Unterstufen sind gleich gut ausgestattet, so die ÖLI-UG: es gäbe 6 LehrerInnenstunden zusätzlich pro NMS-Klasse, die NMS-KlassenschülerInnenhöchstzahl werde mit 25 SchülerInnen an HS- und AHS-Standorten nicht überschritten. **Das Problem: bisher nutzen erst wenige AHS-Standorte die Möglichkeit dieses sozial-integrativen pädagogischen Konzepts.**

In den letzten Tagen haben AHS-FCG-Gewerkschafter und ÖVP-Politiker über zu viele SchülerInnen in den AHS-Unterstufen und zu wenig Budget für diese gejammert. Sie haben aber nicht dazu gesagt, dass alle Schulen vor allem seit der Zeit von Unterrichtsministerin Gehrler unter Budgetkürzungen leiden, und sie haben auch nichts darüber gesagt, dass die AHS in diesen Jahren ihre Unterstufen massiv beworben haben, um Arbeitslosigkeit von jungen KollegInnen zu verhindern - nicht zuletzt deshalb sitzen nicht 25, sondern teilweise immer noch mehr Kinder in (vielfach sehr beengten) AHS-Klassen.

Wir laden AHS-Gewerkschaft und -KollegInnen ein, ähnlich wie BMHS- und APS-LehrerInnen aktiv und konstruktiv für die Ausweitung des NMS-Konzepts einzutreten und es an den AHS-Unterstufen umzusetzen. Die erforderlichen Werteinheiten stehen bereit.

**Die ÖVP-Sorge um eine AHS-Benachteiligung ist unbegründet**, die Gleichbehandlung mit der HS ist entsprechend Regierungsprogramm für die laufende Regierungsperiode nicht in Frage gestellt. **Das NMS-Modell ist für AHS ebenso möglich wie für HS**, wo es SPÖ-ÖVP-Konsens auf Bundes- und Länderebene für eine Umstellung aller HS auf das NMS-Modell bis 2018 gibt, während für AHS weiterhin der Modellantrag jeder einzelnen Bundesschule die NMS-Voraussetzung ist.

**Wir fordern die AHS-Gewerkschaft auf, ihre Reformblockade zu beenden und gewerkschaftliche Aktionen für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und Öffentlicher Dienst zu planen!**

Fuer die ÖLI-UG:  
Wilfried Mayr, APS-Lehrer, ÖLI-Vorsitzender,  
Ingrid Kalchmair, AHS-Lehrerin, stv. ÖLI-Vorsitzende,  
Reinhart Sellner, AHS-Lehrer, UGÖD-Vorsitzender,  
Josef Gary Fuchsbauer, BMHS-Lehrer, ÖLI-Bundeskoordinator.

Rückfragehinweis:

Josef Gary Fuchsbauer, ÖLI-UG Bundeskoordinator, Tel: 0680/212 43 58  
Internet: [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at), [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at)  
e-mail: [oeli@kreidekreis.net](mailto:oeli@kreidekreis.net)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

OTS0103 2011-08-01/11:28

011128 Aug 11

AGG0001 0307

# zur Reform des österreichischen LehrerInnen-Dienstrechts

Die ÖLI-UG stellt ihre Positionen zu den vereinbarungsgemäß vertraulich geführten Dienstrechtsverhandlungen zwischen der ARGE LehrerInnen/GÖD mit VertreterInnen von BKA und BMUKK zur Diskussion. Sie wurden beim Bunderstreifen der ÖLI-UG (APS, AHS, BMHS, BS) in Spital am Pyhrn im November 2011 erarbeitet. Gewerkschaftliche Forderungen der LehrerInnengewerkschaften oder der ARGE LehrerInnen liegen bis dato nicht vor.

## Finanzrahmengesetz aufschnüren - Bildungsbudgetlücken schließen

### 1. Bildung kostet. Schulreform, Dienstrechts- und Besoldungsreform brauchen ausreichende Bundesbudgetmittel

Schulen brauchen eine

- × **nachhaltig gesicherte und - transparente Ressourcenzuteilung**
- × **Einheitliches Bundes-Dienstrecht für alle pädagogischen Berufe**
- × Dienstrecht NEU ist kein Vehikel für Kostensenkung durch weitere Verbilligung der LehrerInnenarbeit mittels Arbeitszeiterhöhung oder Arbeits-Intensivierung
- × **Höhere Anfangsbezüge bei Abflachung der Gehaltskurve** rechtfertigen keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung
- × Keine Angst vor Reformen - Her mit den Bildungsmilliarden!



### 2. LehrerInnenarbeit und ihre bezahlungsrelevante Darstellung im LehrerInnendienstrecht

- × **Arbeit im und für den Unterricht, bei Projekten, Fördermaßnahmen, Konferenzen und Teambesprechungen, Beratung/Betreuung/Beaufsichtigung von SchülerInnen, Elternberatung, Schulentwicklung und Fortbildung sind gleichwertig.**
- × Das Dienstrecht erleichtert die LehrerInnenarbeit
- × **Für administrative, psychologische, soziale Tätigkeiten und Freizeitbetreuung ist professionelles Personal zur Unterstützung einzustellen**
- × Keine administrative Fixierung auf einen Wochenstundenplan, Ermöglichung flexibler Einteilung des Unterrichts in selbstverantwortlichen Teams
- × Ausgangspunkt der Arbeitszeitbewertung ist eine Unterrichtsverpflichtung von 20 Jahreswochenstunden in Klassen, Lerngruppen und individuellen Fördermaßnahmen

### 3. LehrerInnenarbeitszeit als Jahresarbeitszeit

- × **Unterrichts- und andere LehrerInnenarbeitsstunden werden gleichwertig und besoldungswirksam berücksichtigt**
- × **Individuelle, altersbedingte, aufgabenbedingte Verschiebung zwischen Unterricht und anderen LehrerInnentätigkeiten** werden ermöglicht
- × Überstunden können ausbezahlt, für Folgejahre gutgeschrieben oder auf einem Zeitkonto für ein Freijahr oder Vorruhestandsmodelle o.Ä. angespart werden.
- × Jahresarbeitspläne in Kompetenz von LehrerInnenteams (Klassenteams ...)

### 4. Schutz vor Willkür und im Krankheitsfall

- × LehrerInnen brauchen auch künftig den Schutz vor Willkür und im Krankheitsfall wie ihn jetzt die Pragmatisierung bietet.

### 5. Urlaubsanspruch und Ferien

- × Im Rahmen des Jahresarbeitszeitmodells sind Urlaubsanspruch und der Anspruch auf berufsspezifisch notwendige Regenerationszeiten zu berücksichtigen

## Demokratisches Dienstrecht - Schuldemokratie

### **6. Gewähltes Schulleitungsteam auf Zeit**

- × **Klare Aufgaben der Schulleitung (Funktionsbeschreibung) und klar definierte Qualifikationsmerkmale**
- × Ein ausreichendes, von der Schulgröße abhängiges, Freistellungskontingent für das Leitungsteam
- × **Das Leitungsteam legt die Arbeitsteilung fest und ist rechenschaftspflichtig** gegenüber Schulgemeinschaft (Schulversammlung) und vorgesetzter Behörde

### **7. LehrerInnenteams**

- × bilden sich als Klassen- oder Stufenteams und haben **Verantwortung für Unterricht und Diensterteilung**

### **8. Schulversammlung (vergleichbar den Uni-Senaten)**

- × ist vom Leitungsteam **mindestens einmal im Jahr** einzuberufen ist eine öffentliche Versammlung aller PädagogInnen und der KlassenvertreterInnen der SchülerInnen u. Eltern sowie VertreterInnen des nichtlehrenden Personals
- × **Die Schulversammlung wählt alle vier Jahre das Leitungsteam**
- × Die Schulversammlung **bestätigt den jährlichen Rechenschaftsbericht** des Leitungsteams
- × und kann alle die Schule betreffenden Fragen behandeln

### **9. Personalvertretung an der Schule - „verkürztes § 10-Verfahren“ und Freistellungsstunden für Dienststellenausschuss**

- × **Stärkung der Personalvertretungsrechte analog zum Betriebsrätegesetz**  
Zustimmung/Einvernehmen in allen Personalangelegenheiten, bei Betriebsvereinbarungen über Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen, in Fragen der Bereitstellung von Arbeits- und Unterrichtsmitteln
- × Bei Nichteinigung Schulleitung ruft der Dienststellenausschuss direkt die Bundes-PVAK an; deren Entscheidung ist bindend
- × Teil-Freistellung für die Personalvertretung erfordert zusätzliche Personal-Budgetmittel

## Attraktive Einstiegsgehälter - flachere Lebensverdienstkurve

### **10. Besoldungsrecht**

Einheitliches Gehalt für alle PädagogInnen mit Universitätsausbildung: **3.690,- Euro Monatsbezug** (altersunabhängig, Stand 2011: Brutto-Mittelwert des L1-Schemas der 24- bis 65-Jährigen). Argumente:

- × **gleiche Arbeitsanforderungen für LehrerInnen jeden Dienstalters**
- × attraktive (Anfangs-)Bezüge für zu gewinnende LehramtsstudentInnen, JunglehrerInnen, FachpraktikerInnen („QuereinsteigerInnen, insbes. BS, BMHS)...
- × **Senioritätsprinzip nicht über Besoldung, sondern über schrittweise Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung (gleitenden Übergang in die Pension)**
- × jährliche Steigerung durch Gehaltsabschluss (Inflation + Anteil am Wirtschaftswachstum)
- × **Einrechnung aller LehrerInnentätigkeit in die Arbeitszeit (Lehrverpflichtung)**  
**finanzielle Abgeltungen für besondere Aufgaben** (Rechtsanspruch anstatt von der Obrigkeit gewährter „Belohnungen“)
- × radikale und grundlegende Verwaltungsvereinfachung

# **ÖLI/UG: LehrerInnenbildung NEU braucht bessere wissenschaftliche und praktische Ausbildung mit Master-Abschluss für ALLE LehrerInnen!**

## **Utl.: Gemeinsame LehrerInnenbildung muss auch VolksschullehrerInnen voll einbeziehen! =**

Wien (OTS) - Die ÖLI/UG -Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen fordern von den Ministerinnen Schmied und Karl zukunftsorientierte konkrete Schritte in Richtung universitäre Magister-/Masterstudien für alle künftigen LehrerInnen und die Integration der Pädagogischen Hochschulen in Pädagogische Universitäten oder Pädagogische Fakultäten. Absichtserklärungen, wie zuletzt am 27. Jänner in Salzburg, sind zu wenig.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen begrüßen das grundsätzliche Bekenntnis der Ministerinnen Schmied und Karl zur gemeinsamen universitären Ausbildung aller LehrerInnen und über "Pädagogische Universitäten am Ende des Weges" (Presse, 29.1.2009). Sie vermissen aber einmal mehr verbindliche Aussagen zu einer über Umbenennungen hinausgehenden Reform, d.h.

- für die neue **universitäre, wissenschaftliche und schulpraktische Master/Magister-Ausbildung aller LehrerInnen**, auch der VolksschullehrerInnen,
- für die **schrittweise Integration der Pädagogischen Hochschulen, ihrer Ressourcen und ihres Personals in Pädagogische Universitäten oder eigene Pädagogische Fakultäten.**

## **Zwt.: Gemeinsame LehrerInnenbildung - nicht ohne VolksschullehrerInnen!**

Die ÖLI-UG kritisiert die anscheinend bereits SPÖ-ÖVP-akkordierte Beschränkung der gemeinsamen LehrerInnenbildung NEU auf Hauptschule und AHS-Unterstufe, bei der noch dazu jeder Hinweis auf die Anhebung der HauptschullehrerInnenausbildung auf Master-Niveau und auf eine anschließende Berufseinstiegsphase ausgespart bleibt. Diese Zurückhaltung beider Ministerinnen zeigt, dass die Gefahr eines verschulerten Bachelor-Kurzstudiums für alle SekundarstufenlehrerInnen weiterhin gegeben ist und dass die VolksschullehrerInnen, denen von Gesamtschulgegnern gerade erst alle Schuld an den schlechten PISA-Lese-Ergebnisse zugeschoben worden ist, ohne die notwendige Anhebung ihrer Grundausbildung auskommen sollen.

Bildung kostet, auch die LehrerInnenbildung. Die Anhebung der Ausbildung der Volks- und HauptschullehrerInnen auf das international längst übliche Master-Niveau und die universitäre Ausbildung aller PädagogInnen sind notwendige Zukunftsinvestition. Dazu braucht es neue Strukturen: Pädagogische Universitäten bzw. eigene Pädagogische Fakultäten für Forschung und Lehre. Dazu braucht es im "Jahr der Bildung" einen Kanzler und einen Finanzminister, denen die Anhebung der Budgets für Unterricht und Wissenschaft und die dazu erforderliche bedarfsgerechte Nachadjustierung des Budgets ein Anliegen ist - im Interesse aller Kinder und Jugendlichen, im Interesse aller im Bildungsbereich Beschäftigten:

- **für bessere Ausbildung und Bezahlung aller LehrerInnen**, für bessere Schulqualität auf allen Schulstufen,
- für die **gemeinsame, ganztägige Schule**, für ein den Anforderungen der Gesellschaft entsprechendes hochqualitatives Bildungswesen.
- **Zusammenführen von PH- und Uni** mit ihren unterschiedlichen Stärken und die jahrzehntelang versäumte **Einrichtung von universitären Forschungszentren und Lehrstühlen für Grundschul- und Frühkind-Pädagogik** und die **Ausfinanzierung der LehrerInnenbildung NEU.**

## **Keine Angst vor Reformen - Her mit den Bildungsmilliarden!**

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI/UG  
Reinhart Sellner, Ingrid Kalchmair (AHS), Wilfried Mayr, Gaby Bogdan (APS), Dietmar Mühl (BS), Katharina Bachmann, Gary Fuchsbauer (BMHS)



Rückfragehinweis: Gary Fuchsbauer, e-mail: [fuchsbauer@oeli-ug.at](mailto:fuchsbauer@oeli-ug.at), Tel:0680/212 43 58 - Internet: [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at), [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*OTS0084 2011-01-31/11:12